Freitag, 4. Februar.

Der Westfälische Merkur erscheint täglich zweimal, an Sonn- und Feiertagen sowie Montags einmal.
Redaktion: Lütkegasse 1—3. Sprechstunden 19—11 Uhr vorm.
Telegramm-Adresse: Merkur, Münsterwestf.
Fernspr.: Redaktion 203 u. 3217, Geschäftsstelle 3217 u. 3218.
Anzeigenpreis:
Der Raum für die Anzeigenspalte 36 mm breit, 1 mm hoch, 80 ₰; für die Reklamespalte 90 mm breit ℳ 1,50, zuzüglich 10 Prozent Teuerungszuschlag.
Anzeigen-Annahme: In Münster Königstraße 59 sowie sämtliche Annoncen-Bureaus des In- und Auslandes.

Westfälischer Merkur.

Gegründet 1822. **Abend-Ausgabe.** 100. Jahrgang.

1921. — Nr. 57.

Bezugspreis:
Monatlicher Bezugspreis für Münster, 5,— ℳ frei ins Haus gebracht; bei den deutschen Postanstalten ebenfalls 5,— ℳ einschließlich Bestellgeld, bei zweimaliger Zustellung.
Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Einzelnummer: Zu haben in der Geschäftsstelle, den Zeitungskiosken, an den Bahnhöfen 2c. das Stück 20 Pfennig.
Geschäftsstelle: Königstr. 59. Geöffnet vorm. v. 8—12½ Uhr, nachm. v. ½3—6 Uhr. Postscheckkonto: Amt Cöln 14 622.

∞ Nicht die Ruhe verlieren.

In der gegenwärtigen Krisis bildet es eine gute Begleiterscheinung, daß im gesamten Deutschland eine würdige, selbstsichere Ruhe bewahrt wird. Das Erstaunen und die Entrüstung über die ungeheuerlichen Zumutungen von Paris sind natürlich groß, aber sie arten nicht in nervöse Zuckungen aus. Die Fassung wird bewahrt, und der Mut bleibt ungebrochen. Ueberall, wie in den amtlichen Kreisen, so auch im geschäftlichen Getriebe und im gesellschaftlichen Privatverkehr sagt man sich: Der Pariser Beschluß ist wirklich unmöglich, undurchführbar; auch mit den angedrohten Zwangsmaßregeln können die Gegner ihr Ziel nicht erreichen; also muß es zu Verhandlungen und neuen Abmachungen kommen.

Die ruhige Entschlossenheit, zu der die Erklärung der Regierung den richtigen Ton angegeben hat, wird auf die Stimmung und das Verhalten der Gegenseite besser einwirken, als es sentimentale Ergüsse oder Ausbrüche der Verzweiflung vermocht hätten.

Aber wie sieht es mit dem Echo von drüben? Die Aeußerungen der französischen und englischen Presse sind nicht alle auf den gleichen Ton gestimmt. Es wird natürlich vielfach geprahlt, geschotten, gedroht, wie das nach den früheren Erfahrungen nicht anders zu erwarten war. Doch mehr und mehr werden auch bedächtige Töne laut, die den Wunsch nach weiteren Verhandlungen verraten und die Hoffnung auf eine friedliche Vereinbarung durchblicken lassen. So wurde z. B. in der französischen Presse betont, daß Minister Simons kein unbedingtes Nein ausgesprochen habe, also sich und seiner Regierung nicht die Hände gebunden habe. Tatsächlich hat Minister Simons mit voller Klarheit und Entschiedenheit ausgesprochen, „daß die aufgeführten Bestimmungen für uns in ihrem Zusammenhang undiskutabel sind." Das ist eigentlich noch etwas mehr, als „unannehmbar", da auch die Diskussion, d. h. die weiteren Verhandlungen auf dieser Grundlage, ausdrücklich ausgeschlossen wird. Richtig ist freilich, daß unsere Regierung dieses ablehnende Urteil über die Bestimmungen in ihrem Zusammenhang, also über den Pariser Vorschlag im ganzen fällt, wobei die Stellungnahme zu diesem oder jenem Einzelpunkt offen bleibt. Das ist jedoch nicht auffallend, sondern ergibt sich von selbst aus der rechtlichen und politischen Lage, da wir die übernommenen Pflichten der Entschädigung nicht einfach abstreifen können und also über diese oder jene Forderung der Entente, die sich in erträglichen Maßen und Formen hält, mit uns reden lassen müssen. Wie unsere Regierung die Behandlung der Einzelheiten versteht, wird sich bald zeigen, wenn die deutschen Gegenvorschläge den Alliierten und der öffentlichen Meinung vorgelegt werden.

Wohl oder übel werden die Sieger diese Gegenvorschläge doch prüfen müssen. Denn sonst kommen sie nicht zu dem ersehnten Ziel.

In dieser Hinsicht ist es besonders beachtenswert, daß in der französischen Presse das Geldbedürfnis des Landes lebhaft betont wird. In der Tat braucht Frankreich Geld, und zwar in großem Umfange und möglichst schnell, um seinen zerrütteten Staatshaushalt in Gang zu halten. Es wird zugestanden, daß auch die deutschen Milliarden, die für die ersten Jahre gefordert sind, nicht ausreichen, daß vielmehr auf Grund der deutschen Zahlungspflicht und mit Benutzung der vorgesehenen Bonds eine größere Anleihe für Frankreich erstrebt werde. Das ist verständlich; aber kann dieser Zweck durch die angedrohten Zwangsmaßregeln erreicht werden? Die Anwendung von Gewalt gegen ein ablehnendes Deutschland würde den Franzosen neue Lasten und Kosten, aber sicherlich keinen neuen Kredit einbringen. Die ganze Wirtschaftslage in Europa würde durch die Erneuerung des Krieges heillos erschüttert werden, und die Amerikaner, auf deren flüssige Gelder man rechnen muß, hätten dann noch weniger Lust, ihr schönes Geld in den europäischen Hexenkessel fließen zu lassen. Ganz anders stehen für die Franzosen die Aussichten, wenn es zur Verständigung mit Deutschland kommt. Bleibt auch die Gesamtsumme der deutschen Verpflichtungen hinter den phantastischen Ziffern von Paris weit zurück, so würden sie doch im Verein mit der ruhigen Weiterentwicklung der Volkswirtschaft in den beteiligten Ländern fördernd wirken auf den Staatskredit und also auf die Füllung der leeren Kassen.

In diesem Gedankengange kommt man schließlich zu derselben Schlußfolgerung, die bereits Minister Simons ausgesprochen hat: Wenn die Entente zu Diktat und Zwangsverfahren übergeht, kann sie aus Deutschland nicht herauswirtschaften, was sie haben möchte.

Es liegt also im eigenen Vorteil der Sieger, sich mit uns zu verständigen. Das gibt uns eine starke Position und ermöglicht uns, auch fernerhin die Ruhe zu bewahren, die zugleich würdig und klug ist.

Der Milliardenwahnsinn.

Unter dieser Ueberschrift gibt Walter Sörensen in der „Deutschen Zeitung" folgende anschauliche Darlegungen:

Wer bisher noch darüber im Zweifel war, was die Feindesforderungen zu bedeuten haben, dem mögen nachfolgende Berechnungen einen Begriff von der Höhe der Feindforderungen geben.

Bekanntlich fordert der Feindbund 42 Jahreszahlungen von insgesamt 226 Milliarden Goldmark, und daneben eine Abgabe von 12 Prozent des deutschen Ausfuhrwertes, so daß also bis zum Jahre 1963 die Gesamtkriegsentschädigung nach unserem heutigen Valutastand umgerechnet

über 4000 Milliarden Papiermark

beträgt. Diese Summe ist so gewaltig, daß man sie bei oberflächlicher Betrachtung nicht voll zu „würdigen" vermag. Würde man sie unter das 60-Millionen-Volk der Deutschen verteilen, so erhielt jeder etwa 66 700 ℳ. — Eine Lotterie, die über diese 4000-Milliardensumme verfügte, könnte, wenn jeder der 60 Millionen Menschen in Deutschland ein Los hätte, auf jeden Fünfzehnten den Gewinn von 1 Million Mark auswerfen.

Legt man die 4000 Milliarden Mark in Hundertmarkscheinen hintereinander auf die Erde, so bedeckt man mit:

1 Hundertmarkschein	etwa 20 Zentimeter
1 000 ℳ	etwa 200 Meter
1 000 000 ℳ	etwa 2 000 Meter
1 000 000 000 ℳ	etwa 2 000 000 Meter
4 000 000 000 000 ℳ	etwa 8 000 000 000 Meter
	oder 8 000 000 Kilometer.

Da der Erdumfang 40 000 Kilometer mißt, würde man also mit diesen hintereinandergelegten Hundertmarkscheinen **200 mal die Erde umspannen** können.

Oder ein anderes Beispiel

Man denke sich eine Straße so breit, daß zwanzig Hundertmarkscheine darauf nebeneinander liegen können, also in jeder Reihe 2000 ℳ. Um nun die 4000 Milliarden Mark in Hundertmarkscheinen auf dieser Straße alle unterbringen zu können, müßte sich die **Straße bis zum Monde ausdehnen**, dessen, größte Entfernung von der Erde 407 110 Kilometer ist.

Briands Erklärung zu den Pariser Beschlüssen.

* **Paris**, 3. Febr. In Kammer und Senat gab Ministerpräsident Briand heute folgende Erklärung ab:

Meine Herren! Die Regierung legt Ihnen die Erklärungen dar, die sie Ihnen bezüglich der zwischen den Verbündeten abgeschlossenen Abmachungen schuldet. Die Verhandlungen wurden unter Umständen begonnen, die Sie kennen. Unsere Regierung hatte sich eben erst gebildet, als vielfältige und verwickelte Fragen, die sich vor ihren Augen auftaten, klare und rasche Lösungen forderten. In unserer früheren Erklärung haben wir von dieser Stelle aus die großen Linien der Politik gekennzeichnet, die wir zu verfolgen beabsichtigten. Inmitten der Schwierigkeiten, denen wir begegneten, um in kurzer Zeit die Entscheidungen aller Verbündeten zu vereinen, bemühten wir uns, im Besitz der Autorität, die wir durch Ihr Vertrauen erlangten, die Pariser Konferenz zur Annahme des Programms im Rahmen des Friedensvertrages von Versailles zu veranlassen, das die Kammer mit großer Mehrheit gebilligt hatte. Die Konferenz von Paris war veranlaßt durch die Notwendigkeit, uns über die Entwaffnung Deutschlands, über die orientalische Frage und über die Entschädigungsfrage zu verständigen. Es handelte sich zunächst darum, den vom Ueberwachungsausschuß in Berlin festgestellten Verfehlungen ein Ende zu machen, die die deutsche Regierung sich bezüglich ihrer Verpflichtungen zuschulden kommen ließ, die sie gemäß dem Friedensvertrag und den Abmachungen von Boulogne und Spaa zu erfüllen hatte. Die französische Regierung, die seit dem 1. Januar 1921 die in Spaa vorgesehenen Strafmaßnahmen hätte verhängen können, legte Wert darauf, in aller Klarheit mit den Verbündeten zu sprechen. Sie wollte, daß in den Augen der Verbündeten die Mäßigung festgestellt werde, für die sie bei der Verfolgung ihrer unbezweifelbaren Rechte unausgesetzt Beweise abgelegt hat. Die militärischen Marine- und Luftfahrtsachverständigen waren beauftragt worden, eine Liste der schweren Verfehlungen Deutschlands aufzustellen und die wirksamsten Maßnahmen zur **Durchführung der Entwaffnung** Deutschlands in jeder Form vorzuschlagen, und um ferner die Lieferung und Zerstörung des überzähligen Kriegsmaterials, die Auflösung der außerordentlichen militärischen Organisationen, die unter verschiedenen Namen und Formen eingerichtet worden sind, zu betreiben. Die Frage der Abrüstung bleibt in der Tat eine Lebensfrage für die Sicherheit Frankreichs. Die französische Abordnung bestand in entschiedenster Weise auf der Durchführung der Verträge und der nachfolgenden Protokolle in vernünftigen Zeitabschnitten und in allen Punkten, allerdings unter der Androhung von Zwangsmaßnahmen, die geeignet wären, die Verwirklichung sicherzustellen. Als diese Frage zu unserer vollen Genugtuung geregelt war, beschäftigte sich die Konferenz mit der **Entschädigungsfrage**. Die ungeheuern Schäden, die angerichtet worden sind, selbst wenn man nur jene ins Auge fassen wollte, deren Wiederherstellung durch den Versailler Friedensvertrag vorgeschrieben ist, entrollten vor den Augen der verbündeten Nationen ein Problem nicht nur finanzieller, sondern auch politischer Natur. Schon waren beträchtliche Schwierigkeiten im Augenblick der Abfassung des Versailler Friedensvertrages aufgetaucht. Seitdem mußten sich alle interalliierten Zusammenkünfte mit dieser Frage befassen. Wenn es bisher schwierig war, zu einer Lösung zu gelangen, so kamen jetzt die verbündeten Regierungen überein, diese Frage auf die Tagesordnung der Pariser Konferenz zu setzen. In der Tat war der Augenblick gekommen, um die Ungewißheiten schwinden zu lassen. Das Problem war unendlich verwickelt; die ganze Welt wünschte sehnlichst, sobald wie möglich das Gleichgewicht der wirtschaftlichen Beziehungen wiederhergestellt zu sehen. Frankreich befand sich in der materiellen und moralischen Notwendigkeit, die Entschädigung, Wiederherstellung und den Wiederaufbau seiner zerstörten Provinzen zu verlangen. Aber Meinungsverschiedenheiten in der Schätzung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands machten sich bemerkbar, je nachdem man seinen Standpunkt bei der Betrachtung der gegenwärtigen finanziellen Lage Deutschlands oder seiner raschen wirtschaftlichen Wiederaufrichtung einnahm. Wie es die Regierungserklärung angekündigt hatte, konnten wir nur bewiesene Unmöglichkeiten anerkennen. Wir hatten uns folgende Ziele gesteckt: 1. Endlich von Deutschland wirkliche und sofortige Zahlungen zu erhalten, und zwar in Beträgen, die so hoch wie möglich waren, um endlich mit den Tatsachen rechnen zu können. Das war unumgänglich notwendig, nachdem zwei Jahre seit dem Waffenstillstand verflossen sind, in denen Frankreich so viele Milliarden Vorschüsse hergeben mußte, statt daß das ohnmächtige Deutschland Zahlungen geleistet hätte. 2. Wollten wir die Gläubigerstaaten Deutschlands durch eine der wirtschaftlichen Wiederherstellung Deutschlands angepaßte Kombination **an den Gewinnen Deutschlands teilnehmen lassen**, um die Unmoralität zu vermeiden, die das Schauspiel geboten hätte, daß sich der Besiegte bereichere und der Sieger ruiniert werde. Wenn wir den Gedanken von einer **Reihe von Jahreszahlungen** nicht zurückwiesen, die auf der Zahlungsfähigkeit Deutschlands begründet waren, wollten wir auch nicht den wahrscheinlichen Fall aus dem Auge verlieren, daß infolge der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands, dessen Möglichkeit, sich seiner Schulden zu entledigen, in der Zukunft größer geworden wäre. Wir hatten allen Grund zu der Annahme, daß die Festsetzung einer Zuschlagszahlung im direkten Zusammenhang mit der deutschen Ausfuhr, die nach dem Vorschlag der französischen Abordnung in Gold zahlbar wäre, dieses Problem lösen könnte, und zwar mit der größtmöglichen Sicherheit und Gerechtigkeit. Wenn man diese Frage prüft, darf man nicht vergessen, daß Deutschland, um Frankreich zu bezahlen, sich jedes Jahr im Ausland Reichtümer schaffen muß, indem es seine Ausfuhr ausbaut und seine Einfuhr auf das notwendige Maß herabsetzt. Dies könnte aber Deutschland nur zum Schaden des Handels und der Industrie der Verbündeten bewerkstelligen. Das ist die befremdliche und schmerzliche Folge der Tatsache selbst. Die Erhebung einer proportionalen, in fremden Devisen zahlbaren Jahresrate auf die gesamte deutsche Ausfuhr wird im Rahmen des Möglichen die Lage Deutschlands bessern. Briand wandte sich dann den Jahreszahlungen zu, die Deutschland zu leisten haben wird, und ging weiter auf die 12proz. Ausfuhrsteuer ein; sie werde gestatten, die tatsächlichen Ziffern und die Besprechungsziffern einander näher zu bringen, außerhalb der verschiedenen in Boulogne diskutierten, aber nicht von den Alliierten angenommenen Garantien. Auf der Konferenz von Paris sei klar festgesetzt, daß die für die Entwaffnung vorgesehenen Sanktionen sich vollkommen auf das Reparationsprogramm beziehen sollen. Man habe nicht notwendig, die Bedeutung einer derartigen Entscheidung, die begründet sei, in den allgemeinen Titulierungen des Vertrages zu unterstreichen, der übrigens in einem strikten Geist der Billigkeit gehalten, in keiner Weise das diskutable Recht der Alliierten überschreite. Die Konferenz würde nichts getan haben, wenn sie sich damit begnügt hätte, die Verpflichtungen festzusetzen, ohne die Ausführungen durch Sanktionen sicherzustellen. Diese Sanktionen, die die Alliierten in voller Solidarität durch ein geeignetes Abkommen festgehalten hätten, seien bekannt. Es handle sich um die eventuelle Verlängerung der Besatzungsfrist im Rheinland, um die Beschlagnahme der deutschen Zolleinnahmen und die Besetzung eines neuen Teiles deutschen Gebietes, sei es das Ruhrgebiet oder ein anderes, ferner um Aufrichtung von Kontroll- und anderen Maßnahmen im besetzten Rheinland, schließlich aber auch um die Unmöglichkeit für Deutschland, am Völkerbunde teilzunehmen, bevor es nicht Beweise seines loyalen Willens gegeben habe, seine Verpflichtungen zu erfüllen, die es unterzeichnet habe. Mit der Reparationsfrage sei verbunden die Frage der Kohlenlieferung nach dem 31. Januar, an welchem Tage das Abkommen von Spaa abgelaufen sei. Diese Frage sei schon praktisch durch die Entscheidung der Reparationskommission angeschnitten worden, die nach den Bestimmungen des Vertrages von Versailles das Recht habe, in jedem Augenblick die Lieferungsmöglichkeit Deutschlands zu bestimmen, und die durch ein Schreiben vom 27. Dezember die verlangten Ziffern von 2 220 000 To. für Februar und März, sowie von 250 000 To. pro Monat für die Rückstände der vorgehenden Monate ohne Vorschüsse und Prämien mitgeteilt habe. Wenn Deutschland widerspreche, werde es kurzer Hand nach dem Vertrage ausführen müssen, der viel höhere Ziffern vorsehe, als die Reparationskommission festgesetzt habe.

Nachdem der Ministerpräsident Briand noch ferner erklärt hatte, daß die Ereignisse in Griechenland und Kleinasien die dringende Notwendigkeit gezeigt hätten, durch den Ausgleich der verschiedenen Interessen einen endgültigen Frieden herzustellen, erklärte er, daß eine Konferenz in London diese Frage zu regeln denke. Er erwähnte dann hierzu die ferneren Beschlüsse der Konferenz, namentlich die Anerkennung von Georgien, Esthland und Lettland als selbständige Staaten. Das seien die Ereignisse, die dank dem Geiste des Entgegenkommens und des guten Willens der Alliierten erzielt worden seien. Die Konferenz von Paris habe die Entente gestärkt, wesentlich aber sei die Konsolidierung der Friedensfront es gewesen, die über alle Widerstände siegen werde und diejenigen, die für den Ruin verantwortlich seien, zwingen werde, ihre Schuld zu begleichen. Es sei nicht eines der geringsten Verdienste der Zusammenkunft gewesen, daß sie in einer Atmosphäre von Höflichkeit zu Ende gegangen sei, die gestatte, der Zukunft mit vollem Vertrauen und mit voller Sicherheit entgegenzusehen.

Die Erweiterung der Koalitionsregierung.

⊡ **Berlin**, 3. Februar.

Die Nachricht einiger Blätter, wonach die von der Deutschen Volkspartei mit den Deutschnationalen geführten Verhandlungen über die Frage einer Kabinettserweiterung gescheitert seien, trifft nur mit Einschränkungen zu. Es ist richtig, daß der deutschnationale Führer, Dr. Hergt, dem deutschvolksparteilichen Abg. Dr. Riesser auf eine bezügliche Frage erklärte: die Deutschnationalen könnten jetzt mit Rücksicht auf ihre vier Millionen Wähler, die sonst „kopfscheu" würden, angeregte Angelegenheit nicht diskutieren. Obwohl der Abg. Riesser in seiner Unterredung mit Hergt ausdrücklich erklärte, daß er im parteiamtlichen Auftrage komme, glaubte Hergt, die Dinge so darstellen zu sollen, als sei er der Meinung gewesen, es handele sich nur um eine private und unverbindliche Unterredung. Hergt hat von dieser Unterredung noch nicht einmal der deutschnationalen Fraktion selber Kenntnis gegeben, sodaß die meisten ihrer Mitglieder erst durch die Pressenotizen von den Vorgängen erfuhren.

Die Erörterungen über eine Erweiterung der gegenwärtigen Regierungskoalition werden in der Presse fortgesetzt. Auch die in erster Linie von der Deutschen Volkspartei ausgehenden Bemühungen, die Parteien rechts und links mit in die Koalition aufzunehmen, sollen noch nicht endgültig aufgegeben sein. Leider haben parteitaktische Rücksichten sowohl die Deutschnationalen wie die Mehrheitssozialisten bisher abgehalten, die verantwortliche Leitung der Geschäfte in der schwersten Schicksalsstunde Deutschlands mit zu übernehmen. Diese parteitaktischen Rücksichten sind am krassesten in der Erklärung des Führers der Deutschnationalen Volkspartei, des Herrn Herat, zum Ausdruck gekommen, der den Eintritt in die Koalition ausdrücklich mit der Rücksicht auf seine vier Millionen Wähler und auf die bevorstehenden preußischen Landtagswahlen abgelehnt hat. Wir zweifeln allerdings sehr, daß hinter dieser Anschauung die ganze Deutschnationale Partei steht. Muß es denn erst noch zu einer weiteren Zuspitzung der internationalen Lage kommen, ehe der unselige Parteihader in Deutschland, für den uns sogar wohlgesinnte Neutrale nur ein bedauerndes, unverständiges Kopfschütteln haben, uns zusammenschweißt?

Die „Begründung" des Abg. Hergt hat in allen Parteilagern, vorab aber in den Kreisen der Deutschen Volkspartei, ungemein verstimmt, die Haltung der Deutschnationalen in dieser todernsten Schicksalsstunde für das Deutsche Reich und Volk rief überall berechtigte Empörung hervor. In der deutschnationalen Fraktion fand Hergt zwar die Unterstützung des radikalen Flügels mit Wulle, Westarp, Graefe und Helfferich, ein anderer Teil aber billigte Hergts Vorgehen nicht, und verlangte, daß die Verhandlungen, wenn auch auf einer anderen Basis weitergeführt würden.

Zwischen der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei hat, wie wir erfahren, ein Briefwechsel über die Frage des Eintritts der Deutschnationalen in die Regierungskoalition stattgefunden. Die erste Mitteilung ging von der Deutschnationalen Volkspartei aus und bedeutet inhaltlich eine Desavouierung des Parteivorsitzenden Hergt, der sich bekanntlich aus Gründen krassester Parteitaktik gegen einen Eintritt in die Regierungskoalition ausgesprochen hatte. Die Deutschnationale Volkspartei gibt in dem Schreiben an die Deutsche Volkspartei ihrer **grundsätzlichen Bereitschaft zum Eintritt in die Koalitionsregierung** Ausdruck. Damit ist übrigens nicht nur Herr Hergt, sondern auch die „Kreuzzeitung" korrigiert, die in dasselbe Horn geblasen hatte, wie Herr Herat.

Natürlich ist es mit der Bereitschaftserklärung der Deutschnationalen allein noch nicht getan. Die Bemühungen der Deutschen Volkspartei gingen, wie heute von der „Nationalliberalen Korrespondenz", dem amtlichen Organ der Partei, betont wird, sowohl nach rechts wie nach links, d. h. nach der Seite der Mehrheitssozialisten. Bei der Mehrheitssozialdemokratie besteht zurzeit keine Neigung, Minister für ein Einigungskabinett zu stellen. Hier beherrscht einstweilen noch die Abneigung gegen die Deutsche Volkspartei die Stunde. Es wird indessen zuverlässig versichert, daß dieser Entschluß nur für die gegenwärtige Lage maßgebend ist. Die Mehrheitssozialisten behalten sich ihre Entschließungen für die Zukunft vor und leugnen nicht, daß eine außerordentliche Lage eintreten kann, die auch von ihnen neue Entschließungen fordert.

Der Ernst unserer gegenwärtigen politischen Lage bedingt es, daß bis zur Erschöpfung aller Möglichkeiten die Bemühungen um die Schaffung einer nationalen Einheitsfront fortgesetzt werden. Das Ziel wäre, die tatsächlich im Reichstage in die Erscheinung getretene Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zu den Mehrheitssozialisten durch eine Konzentrationskabinett zu verankern! Mit dem Gelingen eines solchen Werkes wäre ein Ereignis von höchster politischer Bedeutung vollzogen! Unsere Vertragsgegner würden sich einer politischen Tatsache gegenübersehen, wie sie in solch ausgeprägter bedeutsamer Form seit dem Zusammenbruch sich nicht mehr geäußert hätte.

Die steuerliche Belastung der großen Vermögen.

Was ein Lohnempfänger an Steuern zu zahlen hat, ist im allgemeinen bekannt. Was aber muß ein Millionär zahlen? Nehmen wir den Fall, daß der Mann verheiratet ist und zwei Kinder zu unterhalten hat. Sein und seiner Frau Vermögen beträgt zusammen am 1. Januar 1920 eine Million Mark und bringt zu 5 Prozent verzinst einen jährlichen Zinsgenuß von 50 000 Mark. Von diesen Zinsen werden ihm vorweg bereits bei der Auszahlung nach dem gleichen Prinzip wie beim Lohnabzug 10 Prozent, das sind 5000 Mark Kapitalertragssteuer einbehalten. Der Millionär bezieht also nur 45 000 Mark Zinseinkommen. Dazu kommt die sehr erhebliche Abgabe für das Reichsnotopfer. Es bleiben dabei von dem Vermögen von einer Million für den Mann selbst, seine Frau und ein Kind zusammen 15 000 Mark freigestellt, sodaß 985 000 Mark abgabepflichtig sind. Davon beträgt die Abgabe für zweimal 50 000 Mark entsprechend der Zahl der Kinder, 10 Prozent = 10 000 Mark, von dem übrigen Teil (von 885 000 Mark) 24,4416 v. H. = 216 308 Mark. Mithin hat der Millionär insgesamt 226 308 Mark an Reichsnotopfer zu entrichten. Dieser Betrag ist, wenn er nicht in einer Summe gezahlt wird, in Höhe von 5 Prozent zu verzinsen; das ergibt eine jährliche Zinslast von 11 315 Mark. Dem Millionär werden also außer den 5000 Mark Kapitalertragssteuer noch diese Zinsen in Abzug gebracht, sodaß ihm 33 685 Mark übrig bleiben. Hiervon hat er nun aber noch Einkommensteuer zu zahlen. Unter Berücksichtigung der üblichen und für alle Einkommen gleichen Existenzminima für sich, seine Frau und seine Kinder, schuldet er eine Einkommensteuer von 6956 Mk. Es gehen so insgesamt vom Einkommen ab: 5000 Mark Kapitalertragssteuer, 11 315 Mk. Notopferzinsen, 6956 Mk. Einkommensteuer, zusammen 23 217 Mk. Dieser Betrag vom Einkommen von 50 000 Mk. in Abzug gebracht, zeigt, daß der Millionär zum Unterhalt für sich und seine Familie nur ein Einkommen von 26 729 Mk. übrig behält. Hierin ist aber noch nicht die Tilgungsrate für das Reichsnotopfer eingerechnet, die er jährlich laufend zu zahlen hat und die sich etwa auf 3400 Mk. beläuft. Diese Summe muß noch den übrigen Steuern hinzugerechnet und vom Einkommen in Abzug gebracht werden. Ueber 50 Prozent des Einkommens werden also weggesteuert. Nicht eingerechnet sind dabei die vielfachen Stempelabgaben, Bankgebühren usw. Endlich erfaßt am Schluß der ganzen Kette von Steuern, d. h. am Todestage des Millionärs die Erbschaftssteuer das, was noch übrig ist, mit einem Steuersatz, der je nach dem Verwandtschaftsverhältnis der Erben und der Höhe des noch gebliebenen Restvermögens von 5 Prozent bis 75 Prozent steigt. Dies Beispiel lehrt, daß die gegenwärtigen Steuergesetze genügende Handhabe bieten, die großen Vermögen und Einkommen zu erfassen. Ob jedoch die amtlichen Stellen auch wirklich die Steuern hereinbringen, darüber ist man sehr im Ungewissen. Wenn allen Leuten, die tatsächlich Geld zuviel haben, die gesetzmäßig zu leistenden Steuern wirklich abgenötigt werden könnten, dann würde es vor lauter Notrufen in Deutschland kaum noch zum Aushalten sein.

Deutscher Reichstag.

(Schluß des Berichts.)

WTB. **Berlin**, 3. Februar.

In Beantwortung der **Interpellation Hergt und Gen. über die Haferbewirtschaftung**, die sich dagegen wendet, daß den Landwirten eine Mindestablieferungspflicht für Hafer auferlegt wird, (vergl. Nr. 56) betont Staatssekretär **Huber** noch, daß sich die Festsetzung einer Strafe für nicht abgelieferten Hafer nicht vermeiden lasse. Die Regierung will Schaden dadurch verhüten, daß bei der Untervertellung die landwirtschaftlichen Organisationen herangezogen werden und daß bei Mehrablieferung im Umtausch den Landwirten Mais gegeben wird.

Auf Antrag der Rechten wird die Besprechung der Interpellation beschlossen.

Abg. **Käppler** (Soz.): Das Einschreiten der Regierung war dringend notwendig. Hätte die Regierung den Landwirten nicht so viel Vertrauen geschenkt, so hätte sie nachträglich nicht zum Umlageverfahren zu greifen brauchen. Jetzt wird allerdings der Wirtschaftsplan der Landwirte empfindlich gestört. Eine Aufhebung der Verordnung ist nicht möglich, weil sonst die Haferversorgung sehr gefährdet wird.

Abg. **Baumann** (Ztr.): Durch die Zwangswirtschaft nimmt man den Landwirten den Hafer, den sie dringend für das Vieh benötigt. Die Regierung sollte den Landwirten Mais nicht nur versprechen, sondern auch liefern. Die kleinen Landwirte müssen besonders geschützt werden.

Abg. **Harte** (D. V.): Die Regierung hat ihre Zusage, Mais in genügender Menge einzuführen, nicht erfüllt. Sie hat durch ihre Maßnahmen dem Schleichhandel und Wucher Vorschub geleistet. Ein Satz von 67 ℳ für den Zentner Hafer ist unerhört niedrig, da die Regierung selbst nachher 180 ℳ für den Doppelzentner fordert. Die Empörung der Landwirte ist also berechtigt. Die Regierung sollte im freien Handel Hafer kaufen und Mais verkaufen. Sonst müßte die bestimmte Zusage zum mindesten gegeben werden, daß der Austausch von Hafer gegen Mais Zug um Zug erfolgt.

Abg. **Liese** (Dem.): Von den kleinen Besitzern, die ihre Hafervorräte bereits verfüttert haben, dürfte nichts mehr zu erwarten sein. Die Verordnung ist reichlich spät erfolgt.

Abg. **Bruchardt** (U.S.): Die Maßnahme des „Unterernährungs-Ministers" habe dazu geführt, daß infolge des Umlageverfahrens der Hafer verfüttert wurde. Heute will der Landwirt das Gleiche für das Brotgetreide herbeiführen.

Abg. **Reich** (Komm.) mißt den Großagrariern die Schuld zu, daß Tausende Not und Hunger leiden. Die großen Landwirte wollen sich nur bereichern.

Abg. **Herbert** (Bayr. Vpt.): Die Landwirte verdienen Vertrauen. Auch dem Landwirt sollte man seinen bescheidenen Gewinn gönnen. Dann würde er auch seine Pflicht tun.

Abg. **Fischer** (Soz.): Wir müssen aus der Haferkalamität herauskommen, evtl. durch Aufhebung der Verfügung. Als Landrat seines Bezirks habe er kein Körnchen Hafer verschaffen können, gewiß ein Beweis für den schlechten Willen der Landwirte.

Nach dem Schlußwort des Abg. **Dalke** (D. N.) schließt die Besprechung.

Morgen vormittag Anträge, Interpellationen, kleinere Vorlagen.

Schluß 7,45 Uhr.

Sonstige Meldungen.

WTB. **Wien**, 3. Febr. Von den bisher an **Flecktieber** erkrankten 29 Personen sind 3 gestorben. 25 Erkrankungen erfolgten außerhalb Wiens, die vier übrigen stehen im Zusammenhang mit dem Reiseverkehr. Heute vormittag traten die Vertreter der Gemeinde Wiens, des Volksgesundheitsamtes und des Ministeriums für Verkehrswesen zusammen und legten alle Maßnahmen fest, um die Verbreitung der Krankheit durch den Bahnverkehr zu verhindern.

WTB. **Paris**, 3. Febr. Heute abend fuhr auf der Strecke Paris—Limoges ein **Personenzug auf einen Güterzug. Bisher sind 10 Tote und 45 Verletzte**, darunter mehrere Schwerverletzte gemeldet worden.

WTB. **Paris**, 3. Febr. **(Tel.)** Nach einer Havasmeldung aus Fez griff eine **starke Abteilung**, die aus dem Gebiet von Beni Lellal kam, das Lager von Tisgni und den Posten von Tanerzut an. Der Feind wurde zurückgeschlagen und ließ **zahlreiche Tote zurück**. Die französischen Truppen hatten zwei Tote.

WTB. **Rom**, 3. Febr. **(Tel.)** Agenzia Stefani. Graf Sforza und Antoniewitsch tauschten gestern die **Ratifikationen des Vertrages von Rapallo** aus. Gleichzeitig wurden italienische Delegierte für die Ausschüsse ernannt, die die Grenze festsetzen sollen. Ein Ausschuß wird die Grenze in Venezien und Julien, ein zweiter in Dalmatien und ein dritter im Freistaat Fiume festsetzen. Außerdem wurde ein Ausschuß zur Pflege der wirtschaftlichen, finanziellen und kulturellen Beziehungen zwischen den beiden Staaten eingesetzt.

Münstersche Zentrumspartei.

Münster, 4. Februar.

Die gestrige öffentliche Wahlversammlung der Zentrumspartei litt unter dem Druck der Pariser Beschlüsse und der daraus sich herleitenden Versammlungsmüdigkeit; sie war nicht gerade stark besucht. Der Parteivorsitzende, Professor **Schmelzer**, fand bei der Eröffnung der Versammlung zunächst nachdrückliche Worte gegen die neuesten Pariser Zumutungen, denen er unter dem Beifall der Versammlung ein „Unannehmbar" entgegensetzte. Wir wollen nicht, daß 42 Jahre hindurch das deutsche Volk und Vaterland verklaut und zum Lohndiener herabgedrückt werden für die Entente. Wir protestieren laut und deutlich gegen diese Vergewaltigung. Einen Hoffnungsschimmer bietet noch die Londoner Konferenz, aber der Vernichtungswille ist noch zu groß, die Furcht der Franzosen vor den Deutschen ebenfalls, und gerade diese Furcht soll der Grund sein für immer neue Knechtungen Deutschlands. Der Vorsitzende teilte dann mit, daß der Redner des Abends mit Rücksicht auf die geschlossene Einheitsfront gegenüber den Anmaßungen der Feinde von polemischen Ausführungen gegen andere Parteien absehen werde.

Abg. Arbeitersekretär **Stieler-Glodbeck** ging in seinen einstündigen, ebenso ruhigen wie sachlichen Darlegungen gleichfalls von dem neuen Pariser Diktat aus; die Lage erscheine dadurch außerordentlich ernst, daß die Pariser Beschlüsse einstimmig gefaßt seien. Auf der anderen Seite rege sich nun in Deutschland wieder das Einigkeitsgefühl, das Gefühl, daß wir diesen unerhörten Forderungen gegenüber auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden sind. In diese Stimmung hinein paßt allerdings schlecht der Wahlkampf. Deshalb gilt es, die Polemik auszuschalten und die eigenen Grundsätze zu betonen. Das Wohl des Volkes muß höher stehen, als das Wohl einer einzelnen Partei. Redner erinnerte sodann an die beiden Jubiläen der Reichsregierung und der Zentrumspartei, schilderte im Anschluß daran, wie durch den Kulturkampf dem katholischen Volksteile, der doch ein Drittel des Reiches ausmachte, die Freude am Reiche verdorben wurde, und bedauerte, daß dieser Kulturkampf sich auch heute noch fortsetze. Man sollte doch aus der Vergangenheit lernen, die Fehler für die Zukunft zu vermeiden. Die Zentrumspartei hat stets den eigenen Vorteil zurückgestellt gegenüber dem Vaterlande; das hat sie gerade in den letzten Jahren bewiesen. Aus der Anschauung vom Zentrumsstandpunkte heraus müssen wir zu einer Ablehnung der Forderungen der Entente kommen, denn 1. ist ihre Erfüllung unmöglich; auf den Kopf der Bevölkerung würden jährlich 50 000 Mark kommen; 2. sollen wir eine Verpflichtung für Kinder und Kindeskinder übernehmen, und das ist ausgeschlossen. Redner hob hervor, daß Amerikaner sich bei Arbeiterführern über die Stellung der deutschen Arbeiterschaft erkundigt hätten; er habe einem solchen Ausfrager geantwortet: Die deutsche Arbeiterschaft ist sich bewußt, daß sie die Wiedergutmachung zu leisten hat, soweit es im Rahmen des Möglichen liegt. Sie hat dazu den guten Willen gezeigt, indem sie trotz des schlechten Ernährungsstandes noch Ueberschichten zur Erfüllung des Spaaer Abkommens verfahren hat. Aber man soll nicht verlangen, daß sie ihrer eigenen Versklavung und der ihrer Kinder, auch derer, die noch nicht geboren sind, zustimme. Die Erfüllung der Forderungen, so führt Redner dann weiter aus, ist unmöglich wegen der Art der Erhebungen vom Ausfuhrhandel. Die Entente mag das Ruhrgebiet besetzen, wenn die Bergarbeiterschaft nicht will, wird kein Zentner mehr gefördert, als die Bergarbeiter wollen. Das möge sich Frankreich merken, das mit Rücksicht auf sein Rentner-Volk solche Bedingungen ausheckte, und ebenso England, das ihm zustimmt. Die Staatsmänner beider Länder fürchten sich, ihren Völkern die Wahrheit über die tatsächliche Lage des Landes zu sagen, da sind ihnen solche Forderungen ein Mittel der Ablenkung. Aber die Forderungen werden Forderungen bleiben, auch wenn man den schärfsten Zwang ausübt. Ihre Annahme würde den Zusammenbruch Deutschlands und damit Europas bedeuten. Zu den Aufgaben auf innerpolitischem Gebiete übergehend betonte Redner, daß mit Rücksicht auf die Einwirkung der Außenpolitik diese mit bestimmten Zielen und auf lange Sicht verfolgt werden müsse. Es gelte dann den Klassen- und Kastengeist zu überwinden, um eine treue Mitarbeit der gesamten Staatsbürger zu erzielen. Daraus folge die Ablehnung jeder Gewaltpolitik, komme sie von rechts oder von links. Dazu müsse das Verantwortlichkeitsgefühl im wirtschaftlichen Leben geweckt werden. Abg. Stieler besprach sodann das Verhältnis Preußens zum Reich. Das alte Preußen wurde angesehen als der Hort der Reaktion und der Unparteilichkeit, auf der anderen Seite hatte es als gute Eigenschaften: die Pflichttreue des Beamtentums, Einfachheit, Sparsamkeit und Sitte. Die Aufgabe liegt also in der Mitte: die Fehler zu beseitigen und die gute Grundlage herüberzuretten unter Rücksichtnahme auf die Landeseigenart; gerade von Westfalen hofft der Redner, daß es den rechten Weg finden werde. Schließlich verbreitete sich dann der Redner in markanten Ausführungen noch über das Zentrum als einer christlichen Volkspartei, indem er nachwies, daß die von Stegerwald beanspruchten vier Merkmale in ihr zu finden seien. Es gelte, den Charakter des Zentrums als einer Volkspartei aufrecht zu erhalten. Mit dem Hinweis darauf, daß nach dem Ausfall der Wahlen am 20. Februar das Land auf vier Jahre regiert werde, schloß der Redner seine Ausführungen.

Der Vorsitzende, Prof. Schmelzer, dankte dem Redner, den die Versammlung mit lautem Beifall gelohnt hatte. Er forderte auf zu festem Zusammenstehen beim Wiederaufbau, möge auch der Druck noch so schwer auf uns lasten. Mit einem lebhaften Appell zu eifriger Wahlbeteiligung schloß er sodann, da sich zur Diskussion niemand meldete, die Versammlung nach zweistündiger Dauer.

Städtisches.

Münster, 4. Februar.

⊙» **Rettet die Oberschlesier!** Alle im Reiche vorhandenen Oberschlesier sind berechtigt, an der Abstimmung über das Schicksal ihrer engeren Heimat teilzunehmen. Die Beschaffung der von der Entente vorgeschriebenen Unterlagen, die Auskunftserteilung aus der Heimat, die Reisen ins bedrohte Gebiet erfordern derartige Mittel, daß jede Stimme sich auf etwa 1500 Mark stellt. Die Heranschaffung der Stimmberechtigten aus Rheinland und Westfalen erfordert eine Summe von 42 Millionen Mark. Um so mehr ist es Pflicht aller Deutschen, die Verbände heimattreuer Oberschlesier, besonders finanziell, zu unterstützen.

✠ **Die Provinzial-Lebensversicherungsanstalt von Westfalen** zu Münster, die bekanntlich mit der Landesbank der Provinz Westfalen verbunden ist, hatte im Januar 1921 einen Zugang von 350 Versicherungsanträgen mit einer Versicherungssumme von 4 200 000 Mark. Der Bestand der Anstalt, die erst im Januar 1915 errichtet worden ist, beläuft sich Ende Januar 1921 bereits auf 28 610 Versicherungen mit einer Versicherungssumme von 76 300 000 Mark.

Lasssche Madrigal-Vereinigung. Jeder neugeschaffene Kunstfaktor ist, besonders in der jetzigen Zeit, wo die Wellen des Materialismus auch über die Kunst hineinzubrechen drohen, als Pfeil gegen diese Strömung freudig zu begrüßen. Wenn Otto Laugs eine Chorvereinigung schuf, um den Münsterschen Kunstfreunden die im 16. Jahrhundert in Blüte stehende Madrigalmusik vorzuführen, so soll ihm hierfür neben dem allgemeinen noch das besondere Verdienst um die Pflege dieser früheren Tonkunst zugestanden werden. Man hört Madrigalmusik selten, und es ist für Münster in musikkultureller und künstlerischer Hinsicht eine große Bedeutung, dieser Veranstaltung beiwohnen zu können. Das Konzert findet am Sonntag, den 6. Februar, nachmittags 5 Uhr, statt. Karten sind bei Bisping zu haben.

* Bühnenvolksbund und Theatergemeinde.

Wer in den letzten Monaten aufmerksam die Pressenachrichten über die wirtschaftlichen Nöte der deutschen Theater verfolgt hat, der wird sicher zur Ueberzeugung gekommen sein, daß die Frage, ob die Stadtverwaltungen ihre Theater schließen oder den Betrieb aufrecht erhalten sollen, mehr denn je brennend geworden ist. In zwei benachbarten Städten ist in den letzten Tagen die Entscheidung gefallen. Das Bielefelder Stadttheater wird für die kommende Spielzeit seine Pforten noch einmal geöffnet halten. Dynamit hat die Krisis auch einigermaßen überstanden dank der Opferfreudigkeit seiner Bürger, die in einer öffentlichen Sammlung rund 100 000 ℳ aufbrachten, um wenigstens einen kleinen Garantiefonds für die Weiterführung des städtischen Theaters und Orchesters zu haben. In beiden Städten war man sich der kulturell so überaus wichtigen Entscheidung wohl bewußt und darum auch der Entschluß, die Schließung des Theaters nach Möglichkeit zu vermeiden.

Auch in Münster steht die Theaterfrage im Vordergrund des Interesses. Noch ist die Entscheidung, ob uns das Theater erhalten bleibt oder verloren geht, nicht getroffen. Aber früher als im Vorjahre wird sich die Stadtverwaltung und das Stadtparlament mit dieser Frage beschäftigen müssen, und dann wird der Würfel fallen. Die Bedenken, welche gegen die Fortführung des Theaters sprechen, sind teils veranlaßt durch die im Laufe der letzten Jahre enorm angewachsenen Unkosten, teils durch ein gewisses Gefühl der Unsicherheit, wie sich der Besuch des Theaters unter dem Drucke unserer wirtschaftlichen Notlage gestalten wird. Bleibt den Freunden des Theaters bei aller Begeisterung noch die finanzielle Möglichkeit, das Theater weiterhin besuchen zu können, nachdem die Eintrittspreise eine ganz ansehnliche Höhe erreicht haben?

Gerade diese letzte Frage ist von größter Wichtigkeit und es muß alles versucht werden, um sie in befriedigender Weise zu lösen. Auf welchem Wege kommen wir dann, um auch den weniger Bemittelten das Theater zu erschließen? Der Bühnenvolksbund hat sich mit seinem Bestehen immer wieder mit diesem Problem beschäftigt, und es ist ihm in überaus glücklicher Weise gelungen, eine Lösung zu finden. Die christlichen Theaterbesucher müssen, wie es die Freie Volksbühne für ihre Anhänger schon längst getan hat, organisiert, müssen zu einer Theatergemeinde zusammengeschlossen werden. Auch hier in Münster gilt es jetzt, die Theatergemeinde des Bühnenvolksbundes, die in anderen Städten des Reiches, wie München, Frankfurt a. M., Trier, Düren usw., bereits in schönster Blüte steht, ins Leben zu rufen.

Die Vorteile, welche die Theatergemeinde bietet, sind mannigfaltig. Nur zwei der wichtigsten sollen hier hervorgehoben werden. Die Mitglieder der Theatergemeinde bilden in Zukunft den Grundstock der Theaterbesucher, wodurch die Gewähr geboten ist, daß für einen großen Teil der Vorstellungen sämtliche Karten abgenommen werden. Dieses Moment wird man bei den Beratungen über die Fortführung des Theaterbetriebes nicht aus dem Auge lassen, und die Entscheidung darüber, ob uns das Theater erhalten bleibt, wird um so sicherer im günstigen Sinne fallen, je stärker die Theatergemeinde ist.

Der andere Vorteil der Theatergemeinde besteht darin, daß dem einzelnen Mitglied für verhältnismäßig wenig Geld der Besuch des Theaters ermöglicht wird. Als Beispiel mag die Theatergemeinde des Bühnenvolksbundes in Frankfurt am Main dienen, wo jedes Mitglied für 6 ℳ den Genuß künstlerisch hochstehender Vorstellungen im Opern- und Schauspielhause hat, während man sonst für bessere Plätze zum Teil 30 bis 40 ℳ und mehr opfern muß. Diese Zahlen sagen genug.

Rein äußerlich betrachtet scheint die Theatergemeinde ein Konsumverein zu sein. Sie will und darf aber nicht so aufgefaßt werden, als ob es sich bei ihr lediglich um die Vermittlung billiger Theaterkarten handelt; nein, die Münstersche Theatergemeinde des Bühnenvolksbundes verfolgt auch ethische Ziele; sie will den Zusammenschluß aus tieferen und aktiver wirkenden Gründen erreichen; sie will den christlichen Volksteil Münsters organisieren, will ihn als Gesamtheit zur vollen kulturellen Wirkung bringen. Durch die Münstersche Theatergemeinde soll die echte, wahre Kunst auf der Bühne gefördert werden im Sinne volkstümlich-deutscher Kultur und christlicher Lebensauffassung, soll das Theater als eine Stätte erhalten werden, auf der wir „Feste des Lebens und der Kunst" feiern.

In den nächsten Tagen wird das Münsterländische Landessekretariat des Bühnenvolksbundes in Verbindung mit dem Ortsausschuß Münster den Aufbau der Münsterschen Theatergemeinde in allen Einzelheiten darlegen und an die Bürgerschaft den Aufruf zum Beitritt zur Theatergemeinde richten. Dann gilt es zu zeigen, ob wir gewillt sind, daß unsere Bühne erhalten bleibt.

⌂ Das Gesetz über die Altersgrenze der Beamten.

In der Versammlung der **Münsterschen Zentrumspartei** am 28. Januar wurde mit Recht hervorgehoben, daß das Gesetz über die Altersgrenze der Beamten, welchem die Zentrumspartei in der Landesversammlung entgegen getreten ist, in der Beamtenschaft eine gewisse Erregung hervorgerufen habe. Diese Erregung ist gewiß gerechtfertigt. Nicht nur diejenigen, welche zum 1. April abgehen müssen, sondern auch solche Beamte, welche der Altersgrenze nahe sind, sehen sich in ihren Hoffnungen und Aussichten getäuscht. Die meisten von ihnen sind ja körperlich und geistig noch rüstig; wer es fühlt, daß er nichts mehr leisten kann, wem die Arbeit schwer wird, der wird auch ohne zwingendes Gesetz gern in den Ruhestand treten, namentlich wenn ihm die Mittel zum Unterhalt nicht fehlen und er den Ausfall von einem Viertel seines Gehaltes ertragen kann. Härter und schwerer aber sind die Folgen des Gesetzes für diejenigen, welche ohne Vermögen und auf ihr Gehalt angewiesen sind und dabei ein oder mehrere Kinder haben, welche noch in der Ausbildung sind. Es ist ihnen jetzt vielleicht nicht mehr möglich, ihnen diese beabsichtigte Ausbildung zu geben, welche sie wohl durchgesetzt hätten, wenn sie ihr volles Gehalt behielten. Am wenigsten hat man die Richter berücksichtigt, denen nach dem deutschen Gerichtsverfassungsgesetze und der Verfassung des Deutschen Reiches die Unabsetzbarkeit auf Lebenszeit garantiert war. Bei der Gerichtsorganisation von 1879 behielten die Richter, welche durch die Neuordnung der Gerichte zur Verfügung gestellt wurden und demnächst in den Ruhestand treten mußten, ihr volles Gehalt lebenslänglich. Bei Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches am 1. Januar 1900 behielten diejenigen Richter, welche wegen vorgerückter Jahre sich mit dem neuen Gesetzbuche nicht mehr befassen wollten, volle 3 Jahre das ganze Gehalt. Das Gesetz über die Altersgrenze läßt die Richter allerdings bis zum vollendeten 68. Lebensjahre im Dienst, aber welche Entschädigung wird denen, welche das 68. Lebensjahr bereits überschritten haben und noch rüstig und auf ihr Gehalt angewiesen sind? Ihnen nützt die vorgerückte Altersgrenze nichts. Hinzu kommt noch, daß zur Zeit ein großer Mangel an Assessoren herrscht, so daß in Fällen von Erkrankungen oder anderen notwendigen Vertretungen eine Aushilfe nicht gewährt werden kann. Diese Verlegenheit wird aber noch größer werden, wenn zum 1. April in Preußen gegen 180 Richter ausscheiden. Zu berücksichtigen dürfte auch noch sein, daß die augenblickliche Zeit für ein derartiges Gesetz schlecht gewählt ist, da die in die freiwerdenden Stellen einrückenden Richter bei dem augenblicklichen Wohnungsmangel schwerlich an ihrem neuen Wohnsitze eine Wohnung finden werden. Zu manchen Stellen im Industriebezirke werden schon aus diesem Grunde kaum Meldungen eingehen. Sehr schlimm sind auch die Beamten daran, welche bisher im glücklichen Besitze einer Dienstwohnung waren.

Wissenschaft und Kunst.

✠ Albert Schwarz †.

Am Montag, den 31. Januar 1921, starb abends im Eppendorfer Krankenhause an einem alten asthmatischen und Herzleiden, das sich durch die Entbehrungen des Krieges verschlimmert hatte, Albert Schwarz, ein Mann, dessen Name in der ganzen niederdeutschen Welt einen guten Klang hatte; denn ein Vierteljahrhundert war er Schriftleiter der plattdeutschen Zeitschrift „De Eekbom". Literarisch war er vor allen Dingen als Lyriker bekannt. Eine Sammlung seiner besten Sachen erschien unter dem Titel „Deschen und Astern". In seinem Nachlasse befinden sich aber noch Werke, die beweisen, daß Schwarz auch noch auf anderem Gebiete Könner war. Schon seine „Drag' knuppen", 1898 erschienen, verrieten den guten Erzähler. In seinem geliebten pommerschen Platt hat er u. a. auch eine Prosanachdichtung von „Reineke Fuchs" geschaffen. Auch zwei dramatische Arbeiten liegen noch vor. Von seinen wissenschaftlichen Arbeiten seien erwähnt: „Vollständiges Wörterbuch zu Fritz Reuters Werken" und das unvollendet gebliebene „Wörterbuch der Wandhagener hinterpommerschen Mundart". Auch zur Frage der plattdeutschen Rechtschreibung veröffentlichte er eine feinsinnige Abhandlung. — Albert Schwarz wurde am 16. Oktober 1859 in Wandhagen bei Köslin geboren. 1881 ging er nach Berlin zur Kunstschule und bezog dann die Akademie; aber schon bald wandte er sich der Schriftstellerei zu und trat in eine Berliner Zeitungsredaktion ein. Als er mit den Berliner plattdeutschen Kreisen in Berührung kam, entdeckte er in sich den plattdeutschen Dichter. Der „Allgemeine plattdeutsche Verband" berief ihn zum Schriftleiter des „Eekbom", und dem „Eekbom" ist er auch unter den schwierigsten Umständen in rührender Anhänglichkeit treu geblieben. Sein ganzes Wesen, das einsam und bescheiden verlief, hat der plattdeutschen Sprache gedient, und sein Name wird in der Geschichte der niederdeutschen Dichtung für alle Zeiten verzeichnet bleiben.

Vermischtes.

Zeppelingesellschaft und französische Interessenten.

* Friedrichshafen, 2. Febr. Von beteiligter Seite wird geschrieben: Die Meldung, daß französische Interessenten eine Verbindung mit der Zeppelingesellschaft aufzunehmen suchen, ist richtig, wenn auch ein Abkommen bisher nicht abgeschlossen wurde. Ein Abkommen mit ausländischen Gesellschaften, speziell auch mit solchen, die benachbart sind und uns vom Weltmeer trennen, ist aber unbedingt erforderlich, wenn die deutsche Luftschiffahrt nicht sang- und klanglos aus der Welt verschwinden soll. Die Bestimmungen des Friedensvertrages und noch mehr seine Auslegung legen Deutschlands Luftschiffahrt und -betrieb noch für geraume Zeit lahm, während das Ausland sich der Sache zu bemächtigen sucht und uns so langsam aber sicher ausschaltet. Der Ausschluß Deutschlands aus der internationalen Luftschiffahrtskonvention versperrt uns ferner jede Betätigungsmöglichkeit im Fernverkehr, der allein ein Feld für die Betätigung der Luftschiffahrt ist. Die einzige Möglichkeit für Deutschland, sich seine Mitwirkung und Führerrolle im Luftweltverkehr der Zukunft zu erhalten, liegt darin, Anschluß an diejenigen Staaten zu gewinnen, die für uns geographisch und politisch nicht zu umgehen sind. Die westlichen Länder Europas und Amerika jenseits des Ozeans müssen bezüglich der Entwicklung der Luftschiffahrt in gleichem Interesse mit Deutschland zusammenarbeiten, sonst wird kein deutscher, vielleicht überhaupt kein Fernluftverkehr aufgenommen werden können.

Hotelzimmerpreise.

Die „Post freiender Kaufleute Deutschlands" veröffentlicht in ihrer Nr. 1 des Jahrganges 1921 eine Uebersicht über Zimmerpreise von Hotels verschiedenen — nicht durchweg ersten — Ranges zur Orientierung ihrer Mitglieder. Von den in der Uebersicht angeführten Hotels werden beispielsweise gefordert für ein Zimmer, einschließlich Frühstück, in: Berlin 36—40 ℳ, Bochum 30 ℳ, Breslau 24 ℳ, Dortmund 33 ℳ, Düsseldorf 30—40 ℳ, Duisburg 30 ℳ, Elberfeld 30 ℳ, Essen 26—62 ℳ, Frankfurt 20—25 ℳ, Hamburg 21—26 ℳ, Hannover 32 ℳ, Kassel 25 ℳ, Leipzig 35 ℳ, München 27 ℳ usw. Sogar in verhältnismäßig kleinen Städten werden recht hohe Preise verlangt. In Köln hält es nicht schwer, durch den Städtischen Zimmernachweis im Deichmannhaus (gegenüber dem Hauptbahnhof) in einem guten Hotel ein gutes Zimmer einschl. Frühstück für 30—36 ℳ zu erhalten. Daraus geht hervor, daß die — leider allzu verbreitete — Ansicht, daß in Köln unverhältnismäßig hohe Preise gefordert werden, durchaus unbegründet ist.

⊡ Konkurs einer holländischen Luftschifferei.

Wie die TU. mitteilt, sind bei einer Zwangsversteigerung in Holland zum ersten Male Flugzeuge unter den Hammer gekommen. Es handelt sich um drei Flugmaschinen, die bei der in Konkurs geratenen Luftfahrt-Verbindung gepfändet wurden.

Handels-Nachrichten.

* **Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. in Gelsenkirchen.** Im kommenden Frühjahr wird der Sitz der Verwaltung von Gelsenkirchen nach Essen verlegt.

* **Bergisch-Märkische Industrie-Gesellschaft in Barmen.** Die Hauptversammlung beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals von 6 auf 18 Mill. M durch Ausgabe von 10 000 Aktien à 1200 M mit Dividendenberechtigung ab 1. Januar 1921. Von den neuen Aktien werden 9 Millionen M von der Deutschen Bank zu mindestens 135 Proz. übernommen mit der Verpflichtung, den alten Aktionären auf 2400 M alte Aktien drei neue zu mindestens 140 Proz. anzubieten. Die restlichen 3 Mill. M werden durch die Bergisch-Märkische A.-G. zu mindestens 140 Proz. direkt begeben. Die genaue Festsetzung der Modalitäten bleibt der Verwaltung überlassen. Zur Begründung wurde mitgeteilt, daß die Erhöhung zur Ausdehnung der Beteiligungen der Gesellschaft erforderlich sei. Die Dividende für das letzte Geschäftsjahr wird auf 11 Proz. geschätzt.

* **Anträge auf Kapitalerhöhung:** Vereinigte Deutsche Nickel A.-G., vorm. Westfäl. Nickelwalzwerke Fleitmann, Witte u. Co. in Schwerte, die Ausgabe von 8 Millionen 6proz. Vorzugsaktien mit einfachem Stimmrecht (bisheriges Aktienkapital 13 Millionen M). — Meyer-Kaufmann Textilwerke in Breslau um 8 Mill. M Stammaktien mit Dividende ab 1. Januar 1921. — Potsdamer Kreditbank A.-G. von 5 auf 7,5 Mill. M. — Hohenzollern A.-G. für Lokomotiven in Düsseldorf um 9 Millionen M.

* **Maschinenfabrik Haseneclever, A.-G. in Düsseldorf.** Nach dem Geschäftsbericht ist das Geschäftsjahr 1919-20 durchweg gut verlaufen, und trotz der Schwierigkeiten in der Rohstoffbeschaffung, Rückgang der Leistung und Steigerung der Unkosten hält sich das Erträgnis ungefähr auf der Höhe des Vorjahres. Nach Abzug von 168 671 M Abschreibungen ist ein Reingewinn von 494 781 M, aus dem 17 Proz. Dividende verteilt werden sollen, zu verzeichnen. 264 870 M sollen auf neue Rechnung vorgetragen werden. Ueber die Geschäftslage wurde mitgeteilt, daß man für einige Monate ausreichend mit lohnenden Aufträgen versehen sei.

* **Vom Holzmarkt.** Unser fachmännischer Mitarbeiter schreibt uns: Die Lage am deutschen Holzmarkt wird zur Zeit recht verschiedenartig beurteilt. Wiewohl die Schnittholzpreise in West- und Süddeutschland, weniger in Ostdeutschland, zurückgegangen sind, gibt es Kreise, die in dem kürzlich eingetretenen Fallen der deutschen Mark eine dem Preisabbau am Holzmarkt hindernde Tatsache sehen. Niemand weiß, inwieweit die Währungsverhältnisse demnächst die Gestaltung der Lage am Holzmarkt beeinflussen werden. Sicher ist aber, daß eine Holzausfuhr schon deshalb in größerem Umfange unmöglich ist, weil das Ausland völlig teilnahmslos ist, da die großen Holzhandelshäuser mit Vorräten im Ueberfluß versehen und die kleinen vielfach zahlungsunfähig sind, also als Abnehmer ausscheiden. Es ist nicht wahrscheinlich, daß eine Besserung der deutschen Mark nach unten eine Steigerung der Schnittholzpreise zur Folge haben wird. Es würde das auch eine wirtschaftliche Katastrophe sein. Der Inlandsbedarf der holzgewerblichen Betriebe ist zur Zeit sehr gering. Viele Unternehmungen mußten den größten Teil ihrer Leute entlassen, weil es an Aufträgen fehlt. Neuerdings machen sich im Möbelhandel die großen steuerlichen Lasten des Einzelnen recht stark bemerkbar, als es nahezu unmöglich ist, überhaupt größere Einrichtungen abzusetzen. Speisezimmer, Schlafzimmereinrichtungen, Küchenschränke, Stühle, Tische und Bettstellen sind weit über den Bedarf hinaus vorhanden. Alle Bemühungen der in Frage kommenden Verbände, die Ausfuhr in diesen Gattungen zu heben, sind gescheitert. Einzelne Betriebe arbeiten bereits auf Vorrat. Diese Tatsache ist durchaus nicht dazu angetan, die Marktlage zu bessern. Sehr trübe sieht es am Eichenmarkt aus. Hier sind auch in letzter Zeit die Preise wiederum zurückgegangen und man bot gutes Eichen-Schnittholz zu 1200 bis 1300 M an, d. h. zu einem wesentlich niedrigeren Preise, als das Rundholz gekostet hat. Die aufgewendeten Abfuhrkosten aus dem Walde, die Schneidelöhne, Unkosten und noch ein Teil des Rohholzpreises gehen bei einer Verwertung zu solchen Preisen verloren.

* **Antwerpener Zentral-Bank in Antwerpen.** Das Aktienkapital dieser Bank wird von 18 auf 30 Mill. Fr. erhöht.

* **Stahlpreisermäßigung in England.** Die Fabrikanten Nordost-Englands haben eine Stahlpreisermäßigung von 2 bis 4 Pfund pro Tonne vorgenommen. Ursache: die große Kontinentalkonkurrenz.

* **Bildung einer amerikanischen Außenhandels-Finanzkorporation.** „Daily Expreß" meldet aus Newyork, daß der endgültige Schritt zur Bildung einer Außenhandelskorporation zur Unterstützung beim Wiederaufbau Europas durch das formelle Angebot von Aktien an das Publikum getan wurde. 30 000 Banken in ganz Amerika nahmen an der Verteilung der Prospekte an die Fabrikanten, Finanziers und andere teil. Der Plan umfaßt die Verleihung von Krediten an das Ausland in Höhe von insgesamt 250 Millionen Pfund Sterling.

* **Viehmarkt zu Dorsten am 3. Februar.** Der heute abgehaltene Viehmarkt war gut beschickt. Aufgetrieben waren 460 Schweine und Ferkel, 75 Stück Rindvieh und 400 Pferde. Auf dem Ferkelmarkte war im Gegensatz zu den im Sinken begriffenen Preisen für fette Schweine von einem Sinken der Ferkelpreise nicht viel zu merken. Es wurde die Alterswoche durchweg mit 40—45 M bezahlt. Es wurden gefordert und gezahlt für 6—8 Wochen alte Ferkel 240—330 M, für ¾ Jahr alte Schweine 600—800 M, und für ½ Jahr alte Schweine 800—1000 Mark. Tragende Schweine wurden mit 1800—2000 M gehandelt. — Die Preise waren nach wie vor hoch. Lebhafte Nachfrage bestand nach guten Milch- und tragenden Kühen. Es kosteten gute Milchkühe 9000—11 000 M und einzelne höher. — Bei lebhafter Nachfrage nach guten Arbeitspferden auf dem Pferdemarkt behaupteten die Preise für Pferde ihren bisherigen Stand. Es kosteten Arbeitspferde 1. Sorte 20 000—25 000 M und einzelne höher, 2. Sorte 15 000—18 000 M und 3. Sorte 10 000—12 000 M. Geringwertige Tiere wurden mit 5000 bis 10 000 M bezahlt. Schlachtpferde kosteten 5000—6000 M. Die Preise für Fohlen bewegten sich zwischen 6000 und 18 0000 M. Der nächste Viehmarkt findet hier am 24. April statt.

Textil-Industrie.

* **Gemeinnützige Textilmeßhäuser-G. m. b. H.** In der konstituierenden Sitzung des Aufsichtsrats der Gemeinnützigen Textilmeßhäuser-G. m. b. H. am 26. Januar in Leipzig wurde Kommerzienrat Uebelen, Hannover, einstimmig zum Vorsitzenden gewählt; ebenso erfolgte die Bestellung der Geschäftsführer. Der Aufsichtsrat hat grundsätzlich beschlossen, im Hinblick auf notwendige Erweiterungsbauten für die Textilmesse und zum Erwerb des Hauses Kramerstraße 5 das Gesellschaftskapital von 3 auf 5 Millionen M zu erhöhen.

* **Der Niedergang der schwedischen Textilindustrie.** Die T. U. teilt mit, daß die schwedische Bekleidungs-Industrie, welche zurzeit höchstens noch zu 30 Proz. in Betrieb ist, sich in einigen Wochen veranlaßt sehen wird, eine gänzliche Betriebseinstellung vorzunehmen, weil ihr selbst der Inlandsmarkt von der ausländischen Konkurrenz genommen wird. Die schwedischen Produkte sind um 400 bis 500 Prozent teurer gegenüber den ausländischen. Es finden jetzt Verhandlungen statt zwischen den Fabrikanten-Verbänden und der Regierung, um eventuell die Einfuhr ausländischer Textilwaren für längere Zeit zu verbieten.

* **Neue böhmische Kunstseidenfabriken.** Der Reichenberger Großindustrielle Theodor Liebig errichtet gemeinsam mit einer Gruppe, der das französische Bankhaus Bauer-Marchall, Dr. Richard Freund, die Böhmische Unionbank, Jos u. Löwenstein und andere Firmen angehören, eine Kunstseidenfabrik mit einem Kapital von 20 Millionen Kronen. — Einer Meldung aus Wien zufolge schweben Verhandlungen mit einem Konsern Castiglioni und der Banca Commerciale Italiana (Mailand) zwecks Beteiligung dieser Gruppe an der Fabrik, wobei auch eine baldige Erhöhung des Aktienkapitals ins Auge gefaßt ist.

Amerikanische Baumwoll-Notierungen.

New York, 3. Febr. (Durch Funkspruch.)

	2. 2.	3. 2. 11 Uhr	3. 2. Schluß
März . .	13,84	13,52	13,18
Mai	14,17	13,90	13,52
Juli	14,50	14,25	13,95
Oktober . .	—,	14,55	—,—

Wechsel auf Berlin 1,58|1,59.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptschriftleiter Theodor Wiemeyer, für den Anzeigen- und Reklameteil: Max Benkes, beide in Münster i. W.

Weingroßhandlung Ludwig Oebbecke
Fernspr. 1351. Neuss a. Rh. Fernspr. 1351.
empfiehlt:
Reintönige, stiftige Moselweine von 12.50 an
„ „ Rheinweine „ 13,— „
Rotweine — Südweine — Spirituosen — Sekte, in- und ausl.
Vertreter (werden noch) gesucht.

(Staatsmedaille, gold. Ausstellungspreise.)
PIANOS Flügel, Harmoniums
unübertroffen an Qualität und Preiswürdigkeit.
mit Klangsteg D. R. G. M. 456 611
Roth & Junius
Hof-Piano- u. Flügelfabrik
Hagen i. W., Bahnhofstr. 29

Internationale Verkehrsbank
G. m. b. H.
Schneidemühl.
Direkter Geldverkehr von u. nach Polen.
Ueberweisungsdauer 3 Tage.
An- und Verkauf von polnischen Noten zum Tageskurs.
Bei Anfragen wird gebeten, Rückporto beizufügen

Kunststopferei
Münster i. W.,
Clemenstr. 32, Ludgeristr. 118 (am Prinzipalmarkt)
empfiehlt sich zur Wiederherstellung sämtlicher Schäden in allen Stoffarten.
Fachkundige Arbeit und Bedienung.

Homöopathische Behandlung
aller Krankheiten. 25jährige Erfahrung.
Glänzende Heilerfolge bei Epilepsie (Fallsucht), Bleichsucht, Wassersucht, Flechten und sonstigen Hautkrankheiten, Frauenleiden, Magen- und Darmleiden usw.
Behandlung von 8½—12 und 3—7 Uhr.
Münster i. W., Theissingstr. 3, parterre.
Telephon 3061.

Kernseife
Doppelstück Mk. 4.-
empfiehlt
Jos. Homeyer,
Wolbeckerstrasse 2.

In einer Stunde vertilgen die unter Garantie Kopf-, Filz- und Kleiderlaus Brut (Eier). Filzläuse bei Menschen und Tieren. „Kammerlose" neu, gesetzlich geschützt. Mittel, Waschen unnötig. Versand nur: Fellfarbenwerk M. Heim, Spiekerhof 15.

Von heute ab verkaufe ich
Torf und Brennholz
zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Diese Preisermäßigung betrifft den Waggonbezug nach allen Stationen u. den Verkauf von kleineren Mengen.
Jos. Filbry Ww.
Kohlengroßhandlung
Münster i. W.
Fernruf 122 u. 147.
Telegramm-Adresse: „Glückauf".

Haben wöchentlich große Quanten
Landeier
abzugeben.
Hempen & Co.
Handelsgesellschaft
Oldenburg i. O.

Heu und Stroh
gute, gesunde, trockene Ware verkauft B. Kahn, Biederitz b. Magdeburg-Herrenkrug Krughofweg 10